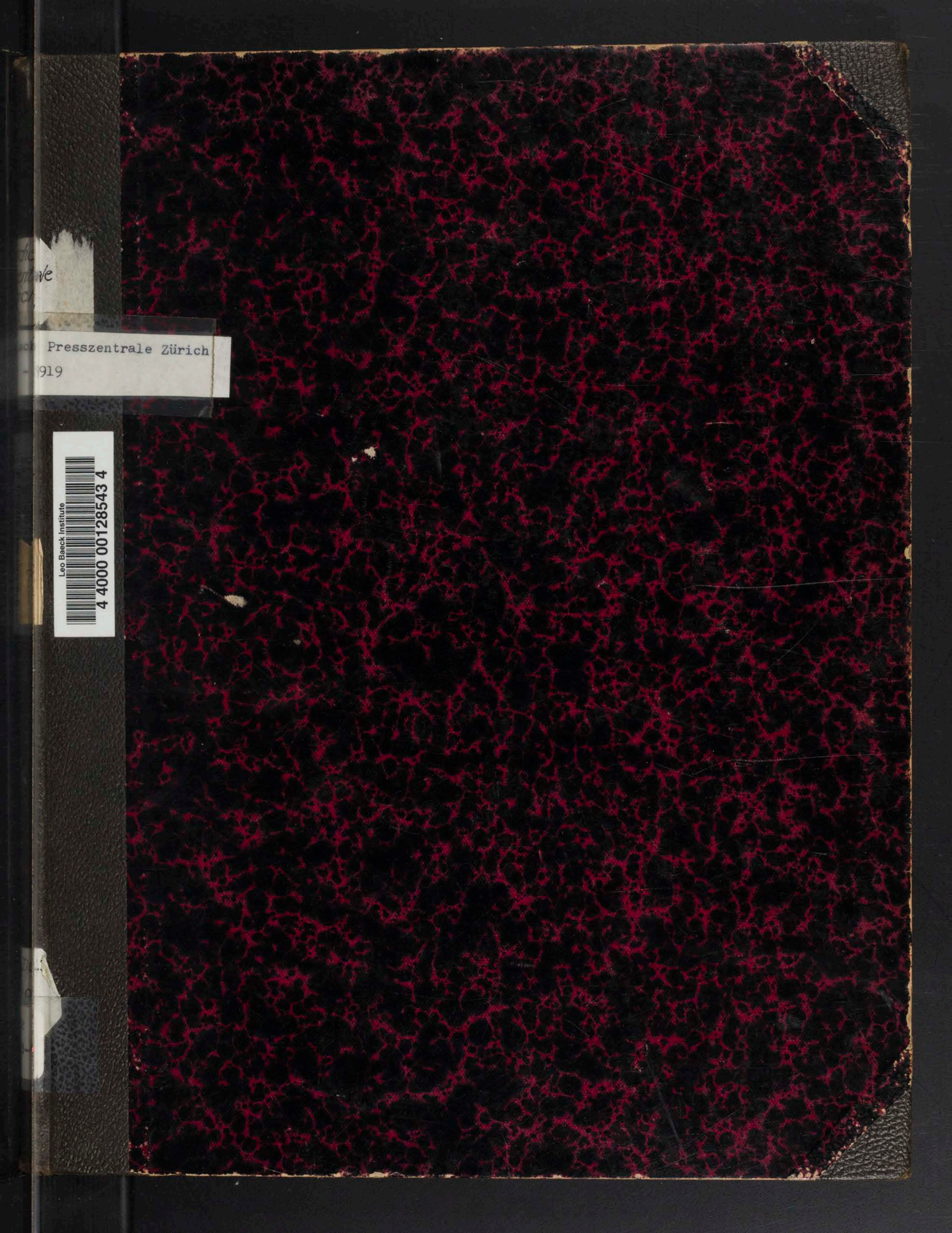
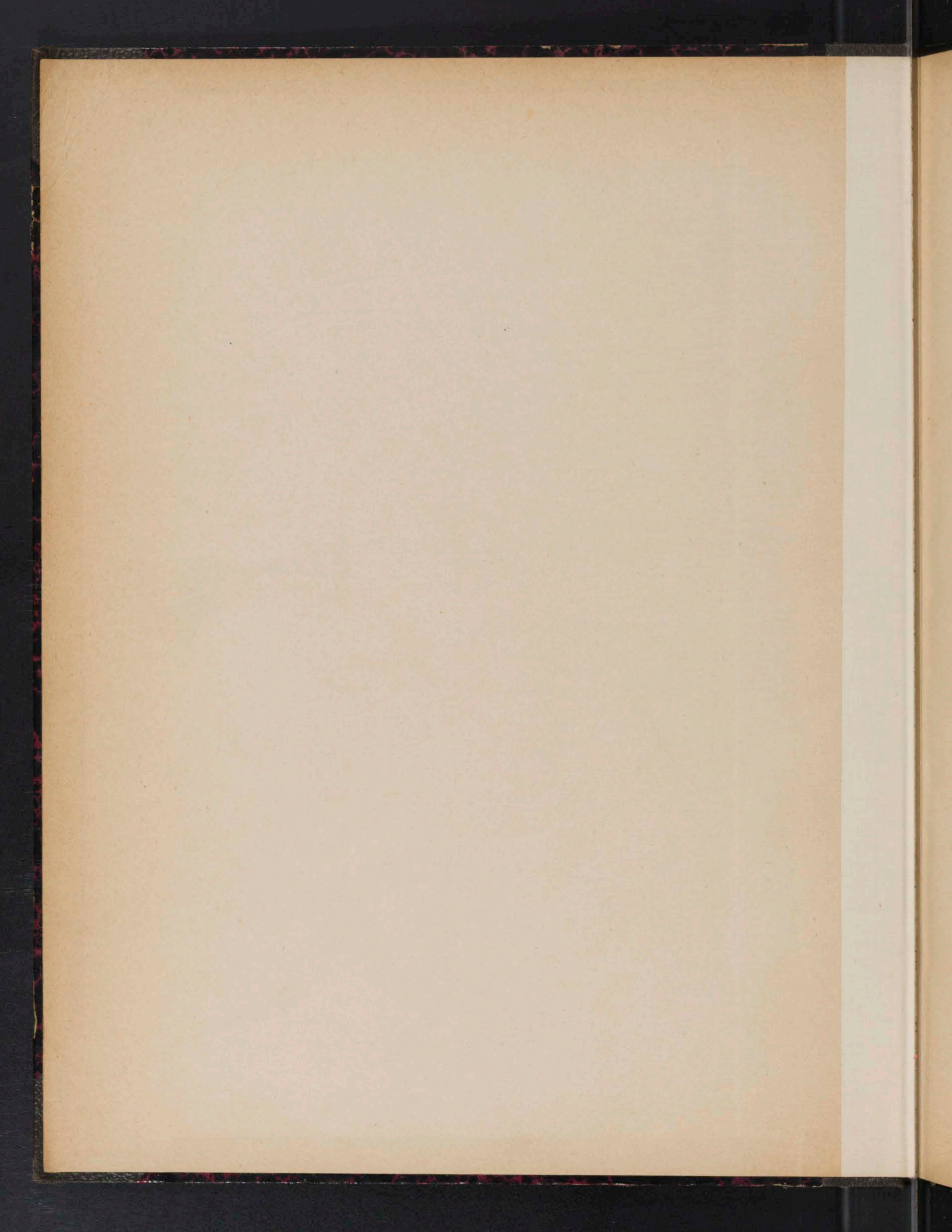
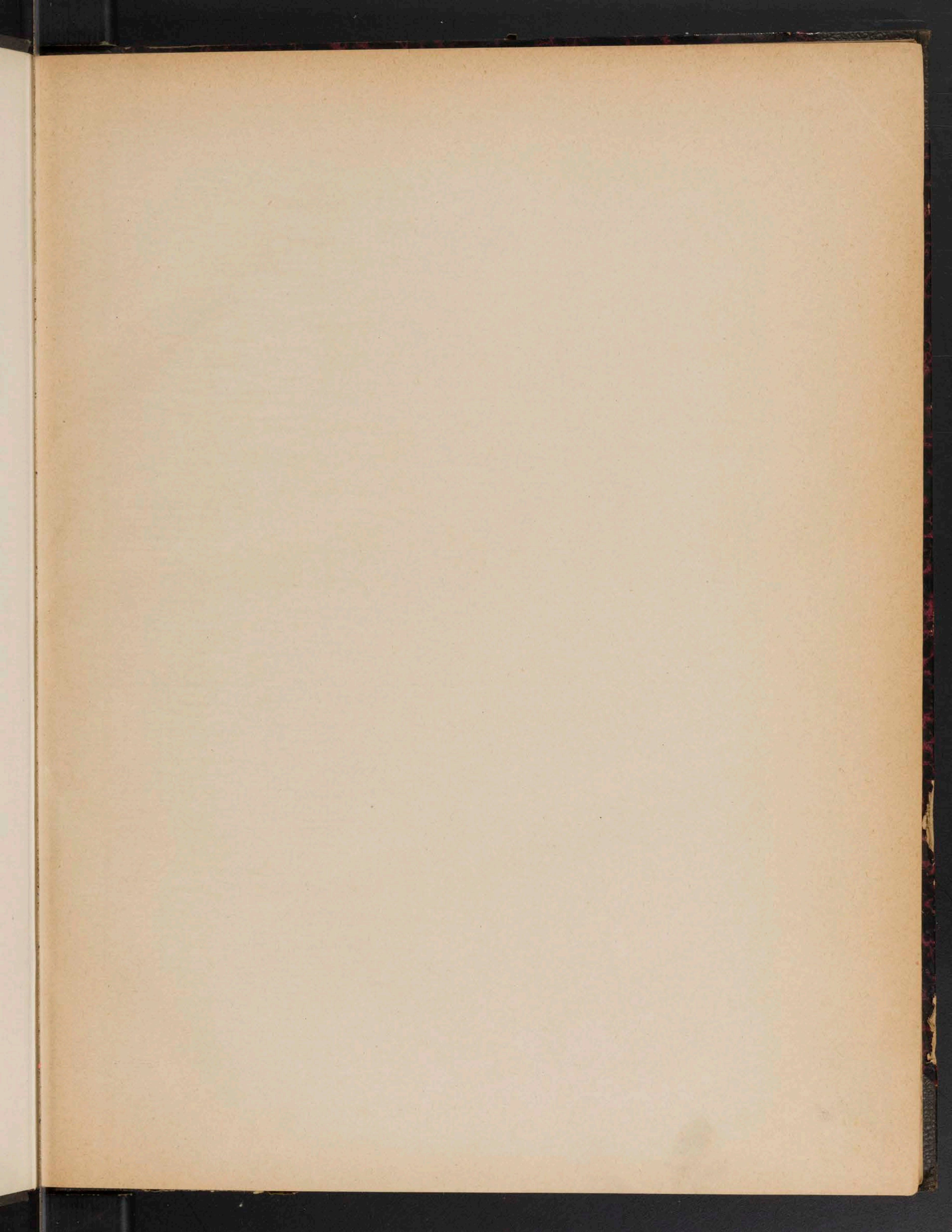
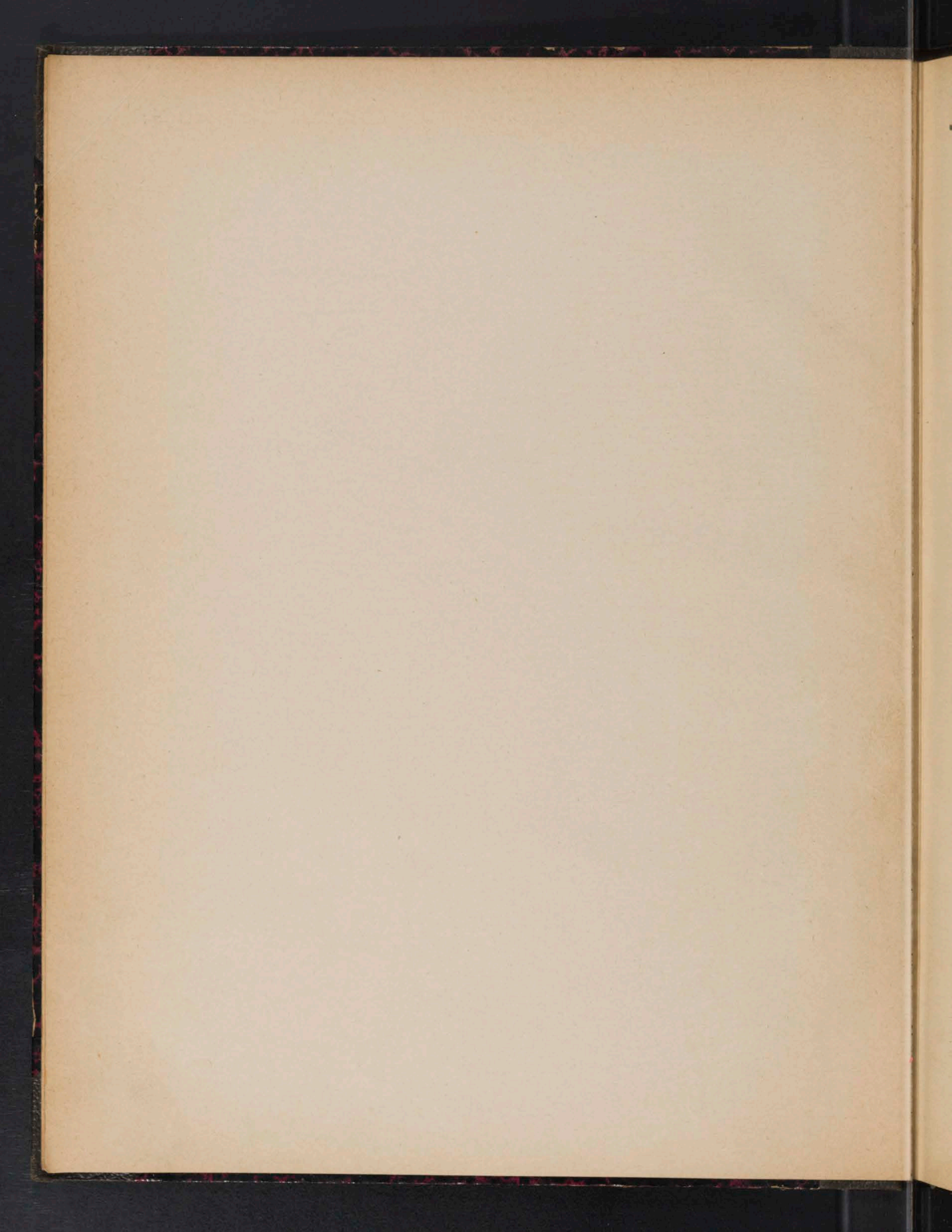

Presszentrale Zürich
1919
Leo Baeck Institute
4 4000 00128543 4







II. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 3251



JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Doppel-Nummer 53/54 | 5. September 1919 | י' אלול תרע"ט | Preis 50 Cts.

England für einen jüdischen Staat.

Laut „Telegraaf" erklärte ein Vertreter des britischen Auswärtigen Amtes, er sei zu der Mitteilung ermächtigt, dass England Massnahmen zur Gründung eines *jüdischen Staates* in Palästina ergreifen werde, sobald es das Mandat über Palästina erhalten habe.

Anerkennung der hebräischen Sprache in Palästina.

Die britischen Okkupationsbehörden erliessen eine Verordnung, wonach der Gebrauch der englischen, französischen, arabischen und *hebräischen* Sprache in offiziellen Angelegenheiten gestattet wird.

Die deutschen E. A. C. Mitglieder in London.

Der Londoner Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich" telegraphiert: In London sind die Herren Warburg, Hantke, Ruppin und Pasmanik angekommen. Berthold Feiwel wird dieser Tage erwartet. Die palästinensische Arbeiterdelegation unter Führung von Schochat dürfte am dritten eintreffen. Idelson, Mitglied des Aktionskomitees, ist ausersehen zum Direktor des „Haolam", des hebräischen offiziellen Organs des zionistischen Zentralbüros in London, das im Oktober zu erscheinen beginnt.

Die Lage der Juden in der Slovakei.

Ueber den kürzlich in der Slovakei eingeschlagenen antisemitischen Kurs und dessen Rückwirkung auf die Lage der Juden in der tschecho-slovakischen Republik gelangen beunruhigende und überaus deprimierende Berichte aus den verschiedensten Kreisen zu unserer Kenntnis. Die im höchsten Sinne antisemitische Hetzrede des bevollmächtigten Ministers für die Slovakei, *Dr. Vavro Srobar*, die Entziehung der Gewerbeberechtigungen und ähnliche Vorfälle haben berechtigte Aufregung in der ganzen Judenschaft hervorgerufen. (Die Rede Srobar's, sowie Auszüge von Pressestimmen zu diesem Thema bringen wir auf Seite 2.)

Die „Jüdische Presszentrale Zürich" hat es sich angelegen sein lassen, die Meinung einer kompetenten Persönlichkeit zu dieser Frage einzuholen.

Der Präsident des Jüdischen Nationalrates für die Tschecho-Slovakei, Herr Advokat und Stadtrat *Dr. Ludwig Singer*, der wiederholt beim Präsidenten *Masaryk* in erfolgreicher Weise zu Gunsten der Juden intervenierte, weilte Ende August gemeinsam mit Herrn *Marcus Ungar*, Obmann der slovakischen Kommission des Prager Nationalrates in Paris, wo er mit dem tschecho-slovakischen Aussenminister *Dr. Benes*, über jüdische Angelegenheiten verhandelte. Auf seiner Rückreise nach Prag hielt sich Präsident Dr. *Singer* einen Tag in Zürich auf, bei welcher Gelegenheit er die Freundlichkeit hatte, sich dem Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" gegenüber zu folgenden Fragen über die Lage der Juden in der Slovakei zu äussern:

„Was halten Sie von der antisemitischen Rede des Dr. Srobar?"

„Es war uns bekannt, dass in der Slovakei seit einiger Zeit ein antisemitisches Regime etabliert wurde, dennoch hat uns die Hetzrede des Ministers für die Slovakei überrascht. Es ist das erste Mal, dass ein tschecho-slovakischer Minister in einer offiziellen Rede offen antisemitisch spricht und gegen die Juden hetzt. Ich halte es für überflüssig, gegen den Inhalt der Rede zu polemisieren, da sich eine Pauschalbeschuldigung einer ganzen Gruppe von Staatsbürgern von selbt verurteilt. Ich möchte nur bemerken, dass nicht die Juden, sondern die magyarische Regierungen die Unaufgeklärtheit des slovakischen Volkes verschuldet haben. Als Slovake wurde Minister Srobar s. Zt. nach der Slovakei entsendet, um die dortigen unerquicklichen Verhältnisse zu konsolidieren. Es ist bekannt, dass ihm dies nicht gelungen und dass kaum eine Partei mit seinem Regime zufrieden ist. Nun greift Srobar zu einem alten, wenn auch nicht bewährten — speziell russischen Mittel, indem er seinen Misserfolg durch eine antisemitische Bewegung der breiten Massen decken will, hoffend, durch diese Taktik die breite Masse zu gewinnen."

„Wie verhält sich die Prager Regierung zu dieser antijüdischen Politik Srobar's?"

Ich bin davon überzeugt, dass Minister Srobar auf eigene Faust handelt und muss entschieden das Einverständnts der Prager Regierung mit seinem Vorgehen bezweifeln. Vor allem ist es klar, dass diese Politik den Intentionen des Präsidenten Masaryk widerspricht. *Masaryk verurteilt* den Antisemitismus nicht nur als Mensch vom Standpunkt seiner ethischen Grundsätze, sondern auch als kluger Politiker, dem es klar ist, dass ein antisemitisches Regime dem Prestige der Republik in der Welt Schaden bringen muss. Es ist mir auch bekannt, dass Masaryk wiederholt eine versöhnliche und gerechte Politik gegenüber den slovakischen Juden dringend empfohlen hat. Alles dies gilt auch vom tschecho-slovakischen Aussenminister, *Dr. Benes*, mit dem ich dieser Tage in Paris Fragen betreffend die tschecho-slovakische Judenschaft besprochen habe und den ich bei dieser Gelegenheit auf die Hetzrede Srobar's aufmerksam machte. Es ist auch bezüglich dieses Po-

litikers bekannt, dass er sich vom menschlichen und politischen Standpunkte gegen den Antisemitismus wendet und er versicherte mir auch, dass er wiederholt die Prager Regierung darauf aufmerksam machte, dass ein antisemitisches Regime der Republik Schaden bringen könnte. Auch der neue Ministerpräsident, Vl. Tusar, hat gerade in den letzten Tagen die Absicht der Regierung betont, den Minoritäten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ich bin daher überzeugt, dass die Prager Regierung Abhilfe schaffen wird, wenn überhaupt die Institution eines slovakischen Ministers noch weiter beibehalten wird."

„Wie steht es um den Schutz der Minoritätsrechte der tschecho-slovakischen Judenschaft?"

„Ueber diese Frage möchte ich mich vorläufig nicht ausführlich äussern, da die diesbezüglichen Traktate noch nicht unterschrieben sind. Jedoch hoffe ich auf eine günstige Regelung dieser Frage. Ich möchte nicht verschweigen, dass hierbei die Einigkeit der tschechoslovakischen Judenschaft eine wesentliche Rolle spielen wird. Mit Befriedigung kann ich konstatieren, dass sich in der letzten Zeit diese Einigkeit gezeigt hat. Gegenwirkungen der Assimilation, die arge Enttäuschungen erlebt hat, sind ohne nennenswerten Erfolg geblieben. Die Organisierung der orthodoxen Judenschaft in der Slovakei steht dieser Einigkeit nicht im Wege, da sie auf religiöser Basis beruht und ich zweifle nicht daran, dass auch diese Organisation in politischen Fragen mit der Gesamt-Organisation eins sein wird, denn es ist klar, dass auch die ungehinderte religiöse Entfaltung nur dann möglich ist, wenn sie sich auf ein politisch einheitliches Judentum stützen kann. Eine für sich abgesonderte orthodoxe Organisation wäre ganz offensichtlich in wirtschaftlichen und politischen Dingen zur Machtlosigkeit verurteilt. Ich hoffe auch, dass die neugegründete in Pressburg erscheinende „Jüdische Volkszeitung" zur Aufrechterhaltung der vollen Einigkeit in der Slovakei viel beitragen wird. Auch die neugegründeten wirtschaftlichen Institutionen werden die Erstarkung des Solidaritätsgefühls in erheblichem Masse fördern. Eine durch kleinliche Zwistigkeiten ungeschwächte Einigkeit wird es den Juden ermöglichen, von der Regierung als jener starke Faktor gewertet zu werden, den sie insgesamt im tschecho-slovakischen Staat repräsentieren. Dann wird auch jeder antisemitische Versuch, mag er von welcher Seite immer kommen, an der geeinigten Kraft der Judenheit in der Tschecho-Slovakei zerschellen."

Minister Srobars Hetzrede.

Nach Berichten der tschechischen Presse hielt der bevollmächtigte Minister für die Slovakei, Dr. Vavro *Srobar*, am 4. August in Turoc Sw. Martin bei einer Beratung der slovakischen Gespane, Regierungsreferenten und Abgeordneten eine grosse Rede über die Lage in der Slovakei, wobei er nicht verschmähte u. a. folgende antisemitische und geradezu zu Rassenhass aufreizende Aeusserungen zu machen: Man greift uns deswegen an, weil in der Slovakei ein Schreckensregiment gegen die Juden geführt, weil antisemitisch regiert werde und weil die Juden hier kein Recht haben. Es kommt dies daher, dass sie Kettenhändler und Verräter sind. Aber das widerfährt auch Christen im gleichen Masse. Die Juden waren die Ausbeuter und Aussauger des slovakischen Volkes und beim letzten magyarischen Einfalle sahen wir, dass sich die Judenschaft nicht an Gelöbnisse hielt, die sie der Regierung gegeben hatte und sich unloyal benahm. Das bestätigen unsere Beamten und Soldaten. Staatsfeinde werden auf der ganzen Welt bestraft ... Binnen 14 Tagen soll eine Konskription der Trafiken und Lizenzen durchgeführt werden. *Unser Vorgehen wird in dieser Frage von unserer gesamten Oeffentlichkeit und von ganz Europa kritisiert.* Eine spezielle slovakische Frage ist die jüdisch wirtschaftliche Frage. In dieser Hinsicht müssen wir wie ein Mann einig sein. In dieser Beziehung spielten Privilegien die Hauptrolle. Wir haben in der Republik alle Privilegien abgeschafft, also müssen wir auch diese Privilegien abschaffen, besonders, da sie für Dienste gegen die Slovaken verliehen wurden, für von der magyarischen Regierung geförderte Denunziantendienste.

Pressestimmen zur Rede Srobars.

„Jüdisches Volksblatt" (Mährisch-Ostrau):

Herr Srobar hat klipp und klar gesagt: Die Juden sind Kettenhändler und Verräter, sie haben sich, als die Magyaren uns angriffen, unloyal verhalten. Diese Behauptungen in dieser vollständig bestimmten und ganz allgemeinen Form, sind eine solche Ungeheuerlichkeit, dass man über die kühle Ueberlegenheit, mit der sie gesprochen und aufgenommen wurden, entsetzt sein muss. Die Juden in der Slovakei waren, das leugnet niemand, durch Jahrhunderte im Banne des magyarischen Kulturkreises; nichtdestoweniger haben sie sich auf das Entschiedenste und vom ersten Augenblick an entschlossen, absolut loyal zu sein und der Republik, deren Staatsbürger sie geworden waren, treu zu dienen. Und dieser Entschluss kam auch nicht ins Wanken, als die Magyaren nahten, auch nicht, als untergeordnete Organe unter dem Titel von Vorsichtsmassnahmen gegenüber politisch Verdächtigen die ärgsten Uebergriffe gegen die Juden begingen. Wir haben wiederholt Tatsachen genug berichtet, die das Gesagte beweisen; weit zahlreichere und weit schrecklichere Dokumente stehen uns noch zur Verfügung... Srobars Ministerkollege, der Vertreter unserer Republik bei der Friedenskonferenz, Herr *Benes*, hat im April das von kluger politischer Einsicht zeugende Wort gesprochen, dass die Behandlung der Juden für ihn der Prüfstein sei, an dem der Staat beweisen müsse, ob er zum westlichen Kulturkreise gehöre oder nicht. Und Herr Srobar selbst sagt, dass sein Vorgehen von unserer gesamten Oeffentlichkeit und vor ganz Europa kritisiert werde. Wir überlassen das Urteil über Herrn Srobar der europäischen Oeffentlichkeit und Herrn Benes, dem Aussenminister unserer tschechoslovakischen Republik.

„Selbstwehr" (Prag):

Diese Rede, die den ungeheuerlichen Uebergriffen seitens der Behörden und der Bevölkerung gegen die slovakischen Juden — der Minister musste dies ausdrücklich zugeben — eine offizielle Grundlage schafft, wird von den Juden der Slovakei nicht ohne Bestürzung aufgenommen werden. Denn bisher konnte man noch immer glauben, dass die Regierung, wenn sie auch die „Uebergriffe" gegen die Juden nicht zu verhindern imstande war, sie wenigstens nicht billige. Und nach den Aeusserungen Masaryks und Benes's konnte man auch nichts anderes glauben. Das Ungeheuerliche der Ministerrede liegt vor allem darin, dass ganz allgemein, mit einer kühlen Entschiedenheit gegen Hunderttausende von Staatsbürgern das Schlagwort von Kettenhändlern, Volksaussaugern und Verrätern gebraucht wird, ein Schlagwort auf welches die Gasse nur lauert. Und das gegen Staatsbürger, die trotzdem sie Jahrhunderte lang in einem anderen Geiste erzogen waren, sich loyal auf den Boden der tschechoslovakischen Republik stellten und noch zu einer Zeit, da die territorialen Verhältnisse als unbestimmt galten, ihre Vertreter zum Nationalkongress der tschechoslovakischen Juden nach Prag entsandten ... Die tschechoslovakische Regierung sollte gerade in der Slovakei zeigen, dass sie ihre Bürger in eine viel edlere Gemeinschaft einbeziehen will, als die ungarisch imperialistische. Es gibt aber keinen gröberen staatsmännischen Missgriff, als durch allgemeine Worte, einen grossen und vor allem rege arbeitsamen Teil der Bevölkerung von vorneherein zu diskreditieren oder moralisch, und wie der Zusammenhang der Rede zeigt, wirtschaftlich zurückzusetzen. Mit den Hunderttausend Juden der Slovakei muss jede tschechoslovakische Regierung rechnen.

„Jüdische Volkszeitung" (Pressburg):

Es ist ein aller Anerkennung wertes Streben, das slovakische Volk kulturell und wirtschaftlich auf eine höhere Entwicklungsstufe emporzuheben. Allein dieses Ziel wird durch eine gehässige Boykottpolitik gegen die jüdische Bevölkerung, durch die Drosselung des jüdischen Handels und Unternehmungsgeistes, durch die Herausekelung des jüdischen Kaufmannes und Industriellen aus der Slovakei niemals erreicht werden. Was damit erzielt werden kann ist nur eine schwere Funktionsstörung des gesamten Wirtschaftslebens, eine unheilvolle Unterbindung des ökonomischen Blutkreislaufs, deren Folgen das slovakische Volk bald am eigenen Leibe zu spüren bekommen wird und die auch in ihrer politischen Auswirkung zu einer unabsehbaren Schädigung der jungen Republik führen muss. *Caveant consules.*

„Jüdische Rundschau" (Pressburg):

Wo hat das jüdische Volk jemals Verrat geübt, wo hat es sich während des ganzen Weltkrieges gezeigt, dass das jüdische Volk zum Verräter des Landes oder des Staates dem es angehörte, wo es Rechte und Pflichten besass, geworden wäre? Das Judentum in seiner Gesamtheit hat sich immer und überall, jedem Staatswesen gegenüber dem es angehörte, sowohl in der Vergangenheit, wie auch in der Gegenwart treu verhalten.

„Wiener Morgenzeitung":

Diese Rede ist eine antisemitische Hetzrede nach allen Regeln der Kunst der Demagogie. Es wird darin mit aller Klarheit gesagt, dass die Juden die Ausbeuter und Aussauger des slovakischen Volkes sind, dass sie sich illoyal benommen haben, dass sie Privilegien zum Lohn für die Dienste gegen die Slovaken erhalten haben. Herr Srobar spricht von den Dingen mit einer Verständnislosigkeit, die ihn zu seiner heiklen politischen Aufgabe völlig unfähig zeigt. Statt eine vernünftige, aufbauende Politik zu machen, um die von der magyarischen Herrschaft geschaffenen Zustände allmählich zum Wohle der Gesamtheit in einer, alle Elemente des Staates befriedigenden Weise abzubauen, spricht er von einer „jüdischen wirtschaftlichen Frage" und bekennt sich zu einer antisemitischen Gewaltpolitik des Boykotts und der Expropriation.

Diese Ministerrede wird in der Welt grosses Aufsehen machen. Es wird den vernünftigeren und kulturell höher stehenden Elementen des tschechischen Volkes bald klar werden, dass das nicht die Methode ist, wie man Staaten regiert und dass ein solcher Minister seinem eigenen Volk am allermeisten schadet.

„Jüdische Rundschau" (Berlin):

Nach dem bisherigen Verhalten der tschechischen Regierung konnte man annehmen, dass die ungeheuren Uebergriffe, die sich sowohl die Bevölkerung als auch die Regierung gegen die Juden der Slovakei haben zuschulden kommen lassen, von der Zentralregierung scharf gemissbilligt werden würden. Diese Rede des Ministers Srobar dagegen, die die Uebergriffe ziemlich unumwunden zugibt („und wenn es doch der Fall ist") stellt eine Pogromhetzrede schlimmster Sorte dar. Es handelt sich hoffentlich dabei mehr um eine Entgleisung des Redners, als um eine Aenderung in der tschechischen Judenpolitik, die nicht geeignet wäre, der jungen Republik, in der ein so wichtiger und hochstehender Teil des jüdischen Volkes lebt, die Sympathien der Welt zu erhalten.

Der wirtschaftliche Vernichtungskrieg gegen die slovakischen Juden.

Das tschecho-slovakische Pressbureau berichtet, dass der Minister Srobar eine Verordnung herausgegeben hat, mit der alle bis zum 15. August 1919 verliehenen Lizenzen zum Gross- oder Kleinverkauf von Spirituosen aufgehoben werden, ebenso alle Haupt- und Kleintrafiken, weiters alle Lizenzen zu Freilagern von Spiritus, alle Denaturationsanstalten, sowie die Konzessionen zu Fabriken auf Liköre und Rum. Die Besitzer der bisherigen Berechtigungen können die ihnen zukommenden Rechte bis zu deren Verleihung an einen der Gesuchsteller ausüben.

— Minister *Srobar* liess seiner in Turoc Sw. Martin ausgesprochenen Drohung eiligst die Tat folgen. Der Anfang des wirschaftlichen Juden-Boykotts hat mit der von ihm erlassenen, am 19. August im Pressburger „Slovensky Dennik" publizierten Verordnung über die Aufhebung der Lizenzen begonnen. Wie die Zuteilung der neuen Lizenzen unter dem Regime Srobars vor sich gehen wird unterliegt keinem Zweifel. Von welch einschneidender Bedeutung diese Frage für die wirtschaftliche Existenz abertausender slovakischer Juden ist, beweist die, der erwähnten Verordnung vom „Jüdischen Volksblatt" in Mährisch Ostrau vorgesetzte Ueberschrift, *„Die Lizenzenfrage in der Slovakei „gelöst", 20.000 jüdische Familien brotlos."* Die genannte Zeitung schreibt darüber in einem „Der Bettelstab" betitelten Leitartikel u. a.: Der bevollmächtigte Minister für die Slovakei hat einen grossen Sieg errungen. Nicht über die Magyaren, nicht über die täglich frecher sich erhebende tschechenfeindliche Partei unter den Slovaken, sondern über eine Klasse der Bevölkerung, die friedlich und, trotz mancher ernster Bedenken gegen ihr Gewerbe, kulturell und zum Vorteil der gesamten Volkswirtschaft des Landes gewirkt hat, gegen die jüdischen Schenker, Gastwirte, Trafikanten ... Wie weit die österreichische, wie weit die magyarische Regierung mit ihren Methoden des Unrechtes und der Vergewaltigung kamen, das sehen wir heute. Und wir sind sicher, dass der Bettelstab der jüdischen Schenker und Trafikanten nicht die Stütze sein wird, an der die jetzige slovakische Regieruug in eine segensreiche Zukunft hinüberschreiten wird.

Dazu bemerkt die „Wiener Morgenzeitung": Der Minister Srobar ist also im Begriffe, sein Programm durchzuführen. Welche Bedeutung „wirtschaftliche" Massregeln dieser Art in seinem antisemitischen Programm spielen, ist aus seiner kürzlichen Rede bekannt. Man sieht also, dass erworbene Rechte, insofern Juden ihre Träger sind, in der Tschecho-Slovakei nicht geschützt werden. Diese Verordnung hat kein Gesetz zur Grundlage und ist daher ein grober Rechtsbruch der tschecho-slovakischen Verwaltung. Die wirtschaftlichen Folgen dieser „rumänischen" Politik bleiben noch abzuwarten.

Nationalrat Marcus Ungar über die Lage.

Der Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" nahm Gelegenheit, den auf der Rückreise von Paris in Zürich weilenden Herrn *Marcus Ungar* aus Prag in seiner Eigenschaft als Obmann der slovakischen Kommission des Jüdischen Nationalrates über die Lage der Juden in der Slovakei zu befragen. Herr Ungar, der als Vertreter der Prager orthodoxen „Sinai"-Vereinigung dem Nationalrat angehört, hat seit dem ersten Tag der Neugestaltung, intensivstes Interesse für alle Fragen der slovakischen Judenschaft bekundet, das Ausland für deren schwierige Lage interessiert, vor einigen Monaten für charitative und soziale Zwecke von amerikanischer Seite namhafte Beträge aufgebracht und dem Pressburger Hilfskomitee zur Verfügung gestellt. Herr Ungar hatte die Freundlichkeit, sich wie folgt zu äussern:

„Ich muss vorerst bemerken, dass ich mehrere Wochen vom Hause abwesend war und also über die jüngsten Vorgänge in der Slovakei nicht völlig orientiert bin. Wenn die „Jüdische Presszentrale Zürich" an anderer Stelle über das unliebsame Aufsehen spricht, welches die Reden und die antisemitische Haltung *Dr. Srobars* über die Grenzen unserer Republik hinaus erregt haben, so kann ich nur bestätigen, dass die wirtschaftliche Lage der Juden in der Slovakei nunmehr

auf einem Niveau angelangt ist, das der Haltung des Srobar'schen Regierungssystems, wie es aus seinen Worten zu entnehmen ist, auch in der Tat entspricht. Alle Massnahmen seiner Beamtenschaft, ob es sich um die famose „Neuzuteilung“ der Lizenzen, ob es sich um Zuweisung der staatlich bewirtschafteten Artikel an die jüdischen Kaufleute handelt, oder um die Ein- und Ausfuhrbewilligung, kurz alles läuft darauf hinaus, jede wirtschaftliche Betätigung der Juden auszuschalten. Dabei ist von einem Ersatz des bei den November-Plünderungen angerichteten Schadens seitens der slovakischen Regierung einstweilen keine Rede. Zu den weiteren Fragen übergehend, erachte ich die der jüdischen Schulen in der Slovakei, als eine der brennendsten. Es ist ja bekannt, dass eine grosse Zahl der jüdischen Volks- und Bürgerschulen über behördliche Anordnung geschlossen werden musste und auch die einzige jüdische Mittelschule in der Slovakei — die seit 50 Jahren bestehende Oberrealschule in Nove Mestho — vor diesem Schicksale nicht bewahrt blieb. Es nimmt nun die Schulfrage unter den zahlreichen und überaus wichtigen Arbeiten, die der Volksverband und der Jüdische Nationalrat seit 10 Monaten im Interesse der slovakischen Judenschaft mit grossem Erfolge unternommen haben und die ich geflissentlich nicht anführen will, einen breiten Raum ein. Ich bin über die Lage dieser so eminent wichtigen Frage in der Slovakei selbst, soweit Pläne der unmittelbaren Zukunft in Betracht kommen, noch nicht unterrichtet, ich kann jedoch auf Grund meiner in Paris gewonnenen Eindrücke annehmen, dass die Minoritätsverträge den Fortbestand der jüdischen Schulen in der Slovakei ermöglichen werden.

Was nun die Frage der politischen Lage betrifft, so scheint sie wohl augenblicklich als die allerwichtigste, denn sie inkludiert beinahe alle anderen und von dem Gelingen einer *einheitlichen* politischen Organisierung der Juden in der Slovakei im besonderen, und der der Gesamt-Judenschaft des Staates im allgemeinen hängt das Wohl und Wehe der Juden in der tschecho-slovakischen Republik ab. Wenn ich von den speziellen Verhältnissen der Juden in der Slovakei spreche, die ich seit Jahrzehnten kenne und wo ich viele gute Freunde zähle, so muss ich bekennen, dass es sich mir um eine, mich tief berührende Herzenssache handelt, und wenn ich auf die in der letzten Nummer Ihres Blattes gemeldete in Pressburg inaugurierte Organisierung der orthodoxen Juden zurückkomme, so muss ich darauf hinweisen, dass ich selbst meiner Denkungs- und Lebensweise nach orthodoxer Jude bin, und nicht obgleich, sondern weil ich diesen Charakter trage, vom Jüdischen Nationalrat mit den politischen Organisations-Arbeiten in der Slovakei betraut wurde. In dieser Eigenschaft hatte ich oft innerhalb der letzten Monate Gelegenheit genommen u. a. mit den rabbinischen und weltlichen Führern der Pressburger orthodoxen Gemeinde Fühlung zu nehmen und erklärt, dass, wie es auch in der ersten Nummer unseres neuen Pressburger Organs, der „Jüdischen Volkszeitung“ zu lesen ist, mir die Erhaltung des religiös-traditionellen gesetzestreuen Judentums als durchaus im Gesamt-Interesse der slovakischen Judenheit gelegen erscheint und dass ich einverständlich mit dem Jüdischen Nationalrat in Prag eine einheitlich orthodox-religiöse Organisation nur begrüssen würde. Begrüssen als Zusammenfassung der Majorität der slovakischen Judenschaft, der innerhalb des Volksverbandes der Juden in der Slovakei, die gebührende Stellung eingeräumt werden würde. Aber als geradezu verhängnisvoll würde ich es betrachten, wenn — wie es angeblich von einigen Herren, denen eine politische Vormachtstellung wie in weiland Ungarn vorschwebt, geplant wird — der Versuch gemacht würde, diese orthodoxe Organisation zu einem wirtschaftlichen und politischen Faktor zu machen. Ein solches Vorgehen würde unsern ärgsten Feinden nur ein willkommener Anlass sein, die Juden nach dem Prinzip der „Divide-et-impera-Politik“ zu behandeln und die getrennt Marschierenden — einheitlich niederzuhalten. Es wurde mir vor einigen Wochen von Pressburg avisiert, dass ich zu dem im Elul dort stattfindenden orthodoxen Delegiertentag, der, wie ich No. 52 der J. P. Z. entnehme, am 9. September stattfinden wird, eingeladen werden soll. Ich hoffe dort erscheinen zu können und werde mich bemühen, aufklärend und im Sinne der Einigung zu wirken. Ich würde es zu meiner tiefsten Betrübnis geradezu als ein Unglück ansehen, wenn die orthodoxen Führer eine Politik einschlagen würden, die in den Gemeinden selbst bald zu Zerwürfnissen ärgster Art und zu Untergrabnng der Autoritäten führen würde.

Zu den Pogromen in der Ukraine.

Die Berliner „Jüdische Rundschau“ veröffentlicht ein Interview mit den Herren *M. Grossmann,* Mitglied der Jüdischen Nationalversammlung in der Ukraine und des Präsidiums des dortigen zentralen Pogromschutz-Kommitees und Dr. *Coralnik,* die im Auftrage der zion. Organisation der Ukraine in Berlin weilten, von wo sie sich nach London weiter begaben. Die Herren machten über die Pogrome genaue Angaben, für deren Richtigkeit das national-jüdische Sekretariat der Ukraine die Verantwortung übernimmt. Darin heisst es u. a.: Das nationale jüdische Sekretariat hat sämtliche Pogrome genau registriert. Hiernach haben in der Zeit von Ende November 1918 bis zum 20. Mai 1919 in 127 Orten Pogrome und blutige Exzesse stattgefunden. Von weiteren 40 bis 50 Orten lässt sich nicht genau sagen, welchen Umfang dort die Ausschreitungen angenommen haben, da das Sekretariat mit ihnen nicht in Verbindung treten kann. Bei diesen Pogromen sind 30.000 bis 35.000 Juden ermordet worden. Eine grosse namentliche Liste der Ermordeten ist in den Händen des nationalen Sekretariats. Diese Ziffer ist absolut zuverlässig, sie ist eher noch zu klein.

Goldstein über die Pogrome in der Ukraine.

Wie bereits berichtet, weilt gegenwärtig auf der Reise von Kiew nach Paris in Warschau der bekannte Advokat *M. L. Goldstein,* Vorsitzender des Kiewer Zentralhilfskomitees für die Pogromopfer in der Ukraine, der Morgenthau einen genauen Bericht über die Judenmassakers in der Ukraine übergab. Einem Mitarbeiter des „Hajnt“ gegenüber, äusserte sich Goldstein über den Zweck seiner Reise nach Paris, folgendermassen: Ich will die öffentliche Meinung Europas und Amerikas mit der schrecklichen Lage in der Ukraine und insbesondere mit dem genauen Material über die grausamen und bestialischen Judenverfolgungen in der Ukraine, die noch andauern, bekanntmachen. Bis zu meiner Abfahrt aus Kiew (die Reise von Kiew nach Warschau dauerte fünf Wochen) hatten wir Nachricht über 90.000 ermordete Juden in 60 Städten; Tausende jüdischer Frauen

wurden geschändet. Dann glaube ich auch, dass die zivilisierte Welt, nachdem sie die schreckliche Wahrheit erfahren haben wird, doch Mittel und Wege finden wird, um den Massakers der Soldaten Petljuras ein Ende zu machen. In der Ukraine werden tatsächlich ganze Generationen vernichtet.

Sofort nach den ersten Pogromen organisierte sich in Kiew aus sämtlichen jüdischen Parteien das Zentralhilfskomitee für die Opfer der Pogrome in der Ukraine. Die erste Aufgabe des Komitees war eine genaue Untersuchung und Sammlung des authentischen Materials über diese Pogrome. Zu diesem Zwecke wurden überallhin Delegierte entsendet, welche wochenlang mit wahrer Selbstaufopferung das genaue Material zu Tage förderten. Alle diese Dokumente und Protokolle werden jetzt durch ein spezielles Redaktionskomitee gesichtet und zur Veröffentlichung vorbereitet. Die Sammlung wird 30 Bände umfassen. Der erste Band, betitelt: „Das Direktorium und die Pogrome“, befindet sich bereits in Druck. Für diese gross angelegte Aktion muss ein grosser Fonds geschaffen werden. Das ukrainische Direktorium hat uns nach den Pogromen in Berditschew und Gitomir drei Millionen Rubel zur Verfügung gestellt, eine Sammlung unter den ukrainischen Juden selbst, ergab fast eine Million Rubel. Leider konnte die Sammlung infolge des Vordringens der Bolschewiken, welche auch die weitere Tätigkeit des Zentralkomitees verboten, nicht fortgesetzt werden. Ich fahre jetzt nach Paris, schloss Goldstein, und hoffe willige Ohren zu finden.

Memorandum der rumänischen Juden.

Das Komitee zum Schutz der Juden in Rumänien hat soeben der Friedenskonferenz folgendes Memorandum über die rumänische Judenfrage vorgelegt.

Rumänien hat immer Mittel gefunden um der Erteilung politischer und bürgerlicher Rechte an die Juden auszuweichen. Dieser Staat hat die jüdische Bevölkerung systematisch von dem Zutritt zu der ihnen logisch und natürlicherweise zustehenden Einbürgerung ferngehalten.

Diese Politik der Täuschung (tromperie), die die rumänische Oligarchie hartnäckig verfolgt hat, ist es, die alle Vorurteile, alles Misstrauen rechtfertigt. Und aus diesem Grunde verlangt das „Komitee“, dass die Friedenskonferenz in den Friedensvertrag die keiner Zweideutigkeit und keiner böswilligen Interpretation seitens der rumänischen regierenden Persönlichkeiten unterliegende Verpflichtung förmlich aufnimmt, das Problem der Juden in Rumänien zu einer endgültigen Lösung zu bringen. Die Ueberwachung durch den Völkerbund soll eine Garantie für die ehrliche und vollständige Ausführung dieser Verpflichtung sein.

Das Komitee für den Schutz der Juden in Rumänien hat vorgeschlagen, folgenden Entwurf in den Vertrag aufzunehmen:

1. Es werden zu Recht und en bloc als rumänische Bürger erklärt, und ohne jede Verpflichtung zu irgend welchen Förmlichkeiten oder zur Beibringung von Beweisen: alle Juden, Männer und Frauen, die auf rumänischem Territorium geboren sind oder dasselbe bewohnen, ausgenommen diejenigen, die am 14./27. August 1916 in den Registern der ausländischen Konsulate eingetragen waren. Das gleiche Recht steht denjenigen Juden zu, die nach diesem Datum der fremden Reichsangehörigkeit entsagt haben. Die Erbringung des Gegenbeweises obliegt der rumänischen Regierung.

Ebenfalls werden alle Juden zu rumänischen Bürgern erklärt, die aus denjenigen Ländern stammen, von denen Rumänien Teile annektieren wird und die in Rumänien geboren sind oder dort am 14./27. August 1916 lebten. — Diese Personen haben die Möglichkeit für Ihre frühere Reichsangehörigkeit im Verlaufe von 2 Jahren zu optieren.

Frauen und minderjährige Kinder teilen die ihren Gatten resp. Eltern zuerkannten Rechte.

2. Im Recht und in der Tat werden die Juden vollständig den eingeborenen Rumänen gleichgestellt. (Români de Bastina)

3. Die Juden, die zu den Parlaments, Departements, und Kommunal Wahlen berufen sind, werden eine, zu der Zahl der Wähler und der Sitze proportionale Anzahl Kanditaten wählen. Diese Wahlen werden in einer einzigen und besonderen Kurie stattfinden oder auf jede andere Weise, die ihnen die genannte Proportionalität sichern kann.

4. Den jüdischen Gemeinden wird die Eigenschaft der juristischen Persönlichkeit zuerkannt werden. Diese werden eine vollständige Autonomie geniessen, ihre kulturellen, philantrophischen, religiösen Institutionen selbst verwalten, indem ihnen das Recht zusteht, ihre Sprache zu pflegen und in derselben Unterricht zu erteilen. Diese Institutionen werden vom Staatsbudget unterhalten werden, proportionell dem Steuer-Anteil der jüdischen Bevölkerung. Diese Institutionen dürfen Schenkungen annehmen. Die von den jüdischen Schulen ausgestellten Zeugnisse werden als gültig anerkannt.

5. Die Gewissensfreiheit ist garantiert; infolgedessen werden diejenigen Personen, die den von ihrer Religion vorgeschriebenen wöchentlichen Ruhetag beobachten, nicht an ihren Feiertagen zur Arbeit verpflichtet, noch gehindert werden, an den anderen Tagen ihren Geschäften nachzugehen.

6. Die Pogrome, Verwüstungen und Plünderungen, die in Rumänien seit dem 14./27. August 1916 stattgefunden haben ebenso wie diejenigen, die in Zukunft noch stattfinden könnten, werden vom Staate eine integrale Wiedergutmachung finden.

7. Diese Verfügungen treten am gleichen Tag in Kraft, an dem der Vertrag von den rumänischen Delegierten unterschrieben wird. Alle entgegengesetzten Verordnungen, Gesetze oder Verfüguugen, sei es von dem alten Königreich Rumänien, sei es von den annektierten Ländern, sind und bleiben aufgehoben.

8. Der Völkerbund ist beauftragt über die genaue und vollständige Ausführung des vorliegenden Vertrages zu wachen.

Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages durch Rumänien.

Paris, 3. Sept. Rumänien erklärt, die von Wilson verlangten Klauseln zum österreichischen Friedensvertrag betreffend die Rechte von Minoritäten nicht akzeptieren zu können. Diese Klauseln verpflichten Rumänien, sowie die andern Grenzstaaten Verbindlichkeiten einzugehen, welche die alliierten Mächte später für nötig halten werden. Rumänien wird demzufolge den Friedensvertrag mit Oesterreich nicht unterzeichnen. Nach Meldungen der Pariser Presse demissionierte Ministerpräsident Bratianu.

Juristische Betrachtungen zur Entsendung der Pogrom- Untersuchungskommissionen.

Nachdem bereits Amerika einen Juden, den Botschafter *Henry Morgenthau*, zum Vorsitzenden der nach dem Osten entsendeten Pogrom-Untersuchungskommission ernannt hatte, betraute dieser Tage auch England in der Person Sir *Stuart Samuels*, ebenfalls einen Juden, mit einer ähnlichen Mission. Der juristische Fachreferent der „Jüdischen Presszentrale Zürich" knüpft hieran folgende Betrachtungen:

In der Gesetzgebung aller Staaten findet sich ohne Ausnahme der Grundsatz, dass in einer Sache kein Richter urteilen darf, dessen absolute Objektivität angezweifelt werden könnte. Der Richter darf also mit keiner der Parteien irgendwie verwandt sein. Würde es sich nun bei den Untersuchungen über die Pogrome um eine richterliche Tätigkeit handeln, so hätten sicherlich weder Amerika noch England, einen Juden zur Untersuchung nach Polen entsandt. Die Ernennung von Juden beweist daher, dass die westlichen Demokratien die Polen und Juden nicht als prozessierende Parteien betrachten. Es handelt sich hier nicht um Feststellen der Schuld, auch nicht um Fällung eines vermittelnden und ausgleichenden Schiedsspruches, sondern lediglich, um die in das Gebiet der Verwaltung einschlagende Tätigkeit der Feststellung der Tatsachen, Art der Behandlung, Höhe der evtl. Wiedergutmachung des Schadens und last not least um die Beruhigung der unglücklichen und mutlosen jüdischen Massen. Während beim Fällen eines Urteils auch bei grösster Objektivität u. Charakterstärke des Richters, dessen Subjektivität seiner Stammesverwandschaft wegen, im Unterbewusstsein sich nicht ganz unterdrücken liesse, ist es bei der rein administrativen Tätigkeit der Pogrom-Untersuchungskommissionen für die auftraggebenden Staaten ausreichend, von der Wahrheitsliebe, Gewissenhaftigkeit und, wenn man so sagen darf, Beamtentreue ihrer Beauftragten überzeugt zu sein. Und diese wird kein Amerikaner oder Engländer bei Morgenthau oder Samuel anzweifeln. Die Tatsache des Schlagens, ferner wer Schläger und wer Geschlagener ist steht eben fest, bedarf keines Urteils. Dass die Schuld nicht auf Seiten der Juden liegt, nehmen England u. Amerika als feststehend an. Alle übrigen Erhebungen sind nur administrativer Natur. Dieses Gefühl herrscht bei allen ausnahmslos vor. Auch ein Nichtjude dürfte sich kaum vorstellen können, dass ein amerikanischer oder englischer Pole zum Vorsitzenden dieser Kommissionen hätte ernannt werden können. Ein solcher würde eben versuchen, an Stelle des bereits rechtskräftigen Urteils, ein neues Urteil zu fällen und dies ist nicht Zweck dieser Kommissionen. Die Westmächte entsenden also keine Richter oder Vermittler, sondern lediglich beglaubigte Notare nach Polen.

Morgenthau über die Lösung der polnischen Judenfrage.

Morgenthau besuchte nach seiner Rückkehr aus Pinsk, die in Warschau tagende zion. Landeskonferenz, wobei er folgende Begrüssungsrede hielt: „Es naht die Zeit, wo wir Juden unser Recht erhalten werden, aber wir müssen noch viel arbeiten, um die ganze Judenfrage zu lösen. Ich bin kein Zionist, aber auch kein Gegner des Zionismus. Ganz Amerika ist dafür, dass den Juden die Möglichkeit geboten wird, in Palästina ihr Heim zu gründen und dort ihre Sprache, Literatur und Tradition zu entwickeln. Die Juden Amerikas die alle Rechte geniessen, können den Zionismus nicht so gut begreifen, wie ihre osteuropäischen Brüder. Wir glauben, dass die Judenfrage im allgemeinen nicht gelöst werden kann, bevor nicht die Frage der 8 Millionen Juden Osteuropas ihre Lösung gefunden hat. Es war ein Fehler, dass die reichen amerikanischen Juden dem Zionismus nicht näher standen. Ich möchte die Plattform finden, auf der sich alle Juden vereinigen könnten. Nur derjenige, der das grosse Elend das hier herrscht, sieht, kann es verstehen, wie notwendig so eine Plattform ist. Man muss in Amerika begreifen, dass nach Palästina höchstens 3 Millionen Juden auswandern können. Es bleibt also die Frage, was man mit den übrigen Millionen machen soll, die in Polen und Russland verbleiben. Nur die reichen Juden Amerikas, Englands und Frankreichs können und müssen dem osteuropäischen Judentume helfen. Nur durch ein genaues Studium kann die Judenfrage gelöst werden. Wenn eine spezielle Kommission ein Jahr lang die Verhältnisse studieren und dann mit der polnischen Regierung einen Plan ausarbeiten wird, werden wir sicherlich die Früchte dieser Arbeit geniessen. Nur dann, wenn eine Plattform geschaffen wird, die ein Zusammengehn aller Parteien ermöglicht, wird die jüdische Frage gelöst sein."

Morgenthau in Galizien.

Nach seiner Rückkehr aus Pinsk, begab sich *Morgenthau* mit einigen Mitgliedern seiner Kommission nach Czenstochau und Krakau, von wo die Kommission sich nach Ostgalizien begibt. In Krakau empfing Morgenthau die jüdischen Presse-Vertreter zum ersten Male zugleich mit den Vertretern der polnischen Presse. Es ist interessant, dass Morgenthau die Beantwortung gewisser an ihn gestellten Fragen direkt ablehnte. Auf die Frage des polnischen Journalisten Dr. Tarlinski, ob Morgenthau die Juden als Nation oder als Religionsgemeinschaft ansehe, erklärte Morgenthau, dass er in dieser Beziehung keine Instruktionen erhalten habe und die Kommission bei ihrer Untersuchung sich mit dieser Frage nicht zu befassen habe. Er lehnte auch ab, seine persönliche Meinung zu äussern und überdies sei dies eine Frage der inneren polnischen Politik. Auf die weitere Frage Tarlinskis, als was der Friedensvertrag die Juden ansehe, erklärte Morgenthau, dass er nicht zu den Verfassern des Vertrages gehöre und dass die Liga der Nationen in Genf, diese Frage mit der Zeit entscheiden werde. Im weiteren Gespräche erklärte Morgenthau noch, es ereigneten sich in Polen schauderhafte Vorfälle, die die Polen selbst bedauern. Im Zusammenhange damit muss ich, nachdem die Vertreter der jüdischen Presse diese Frage nicht stellen, von selbst betonen, *dass die Juden nicht übertrieben haben.* Pinsk war etwas Furchtbares. 34 Juden, die besten und intelligentesten der dortigen jüdischen Bevölkerung, die vollkommen unschuldig waren, wurden kalten Blutes an die Wand gestellt und erschossen. Dies erinnere an das finsterste Mittelalter.

Die amerikanische Studienkommission des nahen Ostens.

Der „Nieuwe Courant" meldet aus New York, dass die Mitglieder der Kommission für den nahen Osten, Crane und Fing, der amerikanischen Delegation

in Paris Bericht erstattet haben. Sie melden, dass die meisten Türken für ein amerikanisches Mandat seien, der Libanon ziehe jedoch Frankreich vor. Die Syrier verlangten, dass Palästina mit Syrien vereinigt werde. Sie sind gegen den Zionismus, weil nur 10 Prozent der augenblicklichen Bevölkerung jüdisch seien.

— Beim Empfange durch die amerikanische Kommission hat der maronitische Patriarch über seine Stellung zu den jüdischen Forderungen in Palästina folgendes erklärt:

Man kann nicht von einer Forderung aller Juden sprechen, da es sich nur um Forderungen der Zionisten handelt, die nur eine Minderheit des jüdischen Volkes bilden. Wir finden jedoch diese Forderungen für berechtigt, falls man Mittel finden wird, dass die christlichen Interessen darunter nicht leiden sollen und auch der Einfluss von Frankreich in Palästina nicht abgeschwächt werde. Weshalb soll man die Juden nicht wieder in ihr altes Heim bringen und ihnen nicht die Schuld, die die Welt ihnen schuldet, abtragen. Ausserdem bedarf das Land Arbeitskräfte, Kapital und intelligenter und aufopfernder Leute. Dies alles kann man bei den Juden finden. Mögen sie nur kommen und das Land bereichern und fruchtbar machen.

— Die von Wilson ernannte Kommission zur Feststellung der Wünsche der Völker im Orient inbezug auf die Mandatarmacht, weilte kürzlich unter Leitung von Dr. *Crane* in Konstantinopel. Auf besondere Einladung begaben sich der Chiefrabbi der Türkei begleitet von Nahmias Bey, Präs. der grossen jüdischen Gemeinde, Emanuel Carasso Effendi, Präs. des Laienrates, Advokat Isaac Taranto, Präsident der „Amical“ und B'ne Israel Vereine und M. Ventura, Prof. an der jur. Fakultät, in das Palais des amerikanischen Botschafters, wo sie eine herzliche Unterredung mit Dr. Crane hatten. In Beantwortung der an ihn gerichteten Fragen sagte der Chiefrabbi, die ottomanische Judenheit verlange, gestützt auf das Wilsonsche Prinzip, die Anerkennung und Verteidigung als nationale Minorität bezüglich religiöser, ethnischer, nationaler und sprachlicher Rechte. Auf die Frage, wen die Juden als Mandatarmacht für die Türkei vorzögen, antwortete der Chiefrabbi, die Juden würden sich voller Vertrauen in gleicher Weise jeder der vier Grossmächte unterwerfen. Die amerikanische Mission hat auch die Deputation der B'ne Brith Loge und der zionistischen Föderation für die Türkei empfangen, die die gleichen Ansichten vertraten wie der Chiefrabbi.

Brandeis für eine zionistische Verwaltung Palästinas.

Dem Mitarbeiter der Wiener „Jüd. Morgenpost“ soll Oberrichter Brandeis erklärt haben, dass er kein prinzipieller Gegner der Bodennationalisierung in Palästina sei, jedoch auf dem Standpunkt stehe, dass im jetzigen Momente die Nationalisierung nicht praktisch sei. Hingegen sei er ausgesprochener Gegner eines „Jüdischen Rates“ für Palästina, der von einem jüdischen Weltkongresse gewählt würde. Nur die zion. Organisation, meint Brandeis, ist berufen an der Verwaltung des Landes teilzunehmen. Der jüdische Weltkongress würde die Zionisten zwingen, den anderen jüd. Parteien, die bisher den Zionismus bekämpft haben, Konzessionen zu machen, wodurch die Entwicklung der zion. Bewegung sehr leiden würde. Brandeis verhandelte auch in dieser Angelegenheit mit *Balfour,* der seiner Ansicht zugestimmt hat. In informierten Kreisen nimmt man deshalb an, dass, obwohl der Punkt bezüglich eines Jüd. Rates in Palästina in das Memorandum der zion. Organisation an die Friedenskonferenz aufgenommen worden ist, man doch diesen Plan fallen lassen werde. Brandeis soll auch Balfour erklärt haben: das, was ich in Palästina gesehen habe, ist noch nicht einmal der Anfang der Realisierung der bekannten britischen Deklaration. Die jetzige Situation in Palästina ist unhaltbar. Palästina kann kein Staat ohne die Juden werden, ebenso wie die Juden als Volk, nicht ohne Palästina leben können. Falls die Deklaration nicht verwirklicht werden sollte, werden die Juden die Möglichkeit einer nationalen Zukunft bestimmt verlieren, aber auch die die Bemühungen, Palästina zu einem entwicklungsfähigen, lebendigen Lande zu machen, werden vergeblich sein.

Verhandlungen zwischen Agudas Jisroel und Zionisten.

Ein soeben aus Paris in Zürich eingetroffener Gewährsmann teilt der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ mit: Der Vorsitzende des „Zentralbüros der Agudas Jisroel Zürich“, Herr Oberrabiner Dr. *Th. Levenstein* hat als einziger Vertreter der politischen Kommission der „Agudas Jisroel“ in Paris geweilt und mit *Nahum Sokolow* vertrauliche Verhandlungen gepflogen. Die anderen beiden Mitglieder der politischen Kommission der Agudas Jisroel, die Herren Oberrabbiner Prof. Dr. *Margulies* aus Florenz und Oberrabbiner *Schapiro* aus Kowno, waren verhindert an den Pariser Verhandlungen teilzunehmen. Bei der Unterredung soll es sich vor allem darum gehandelt haben, eine Verständigung für eine eventuelle gemeinsame Arbeit in Palästina herbeizuführen. Dr. Levenstein hat sich von Paris nach Holland begeben.

Chronik.

Litauen.

Eine Gemeindekonferenz in Süd-Litauen.

In Bialystok wurde eine Konferenz der Vertreter der demokratisch gewählten jüdischen Gemeinden Süd-Litauens eröffnet. Nach ihren politischen Parteien sind die Delegierten folgendermassen gegliedert:

10 Zionisten, 10 Zeire-Zion, 10 Bundisten, 8 Orthodoxen, 6 Poale-Zion, 5 Chassidim, 4 S. S. und 1 Volkspartei.

Zum Vorsitzenden wurde der Zeire-Zionist Munczik gewählt. (J. Pr. St.)

Legalisierung der zionistischen Organisation in Litauen und Weissrussland.

Am 22. August wurde der Vorsitzende der litauischen zion. Organisation *H. L. Joffe* durch den Generalkommissär für die besetzten Ostgebiete, Herrn *Osmolowski,* empfangen, der ihnen mitteilte, dass er gegen eine Legalisierung der zion. Organisation in Litauen und Weissrussland nichts einzuwenden habe. Osmolowski empfahl Herrn Joffe, sich in dieser Sache an den Chef der Administrativ-Angelegenheiten, Herrn *Donarowicz,* zu wenden. Herr Donarowicz gab Herrn Joffe die Versicherung, dass nach Erledigung der For-

malitäten und nach Zustellung der Statuten die zion. Organisation in Litauen und Weissrussland bestätigt werden wird.

Polen.

Zentrale der jüdischen Kooperativen.

Im Anschluss an die zionistische Landes-Konferenz fand unter Vorsitz von Dr. *Lewin* (Lodz), eine Beratung einer Gruppe von Delegierten statt, zwecks Gründung einer Zentrale aller jüdischen Kooperativen in Polen. Ein Organisations-Komitee, bestehend aus 5 Personen, hat sich mit den Arbeiten zu befassen.

Bialystok. Die jüdische Fraktion ist aus dem zeitweiligen Bialystoker Stadtrat ausgetreten. Die jüdische Fraktion, der Vertreter der Orthodoxen, der zionistischen Organisation, der Volkspartei und einige Unparteiische angehören, erklärt in ihrer Deklaration, dass sie ihre Mandate niederlegt, weil die Regierung und der Magistrat die jüdischen Vertreter im Stadtrat vollkommen ignorieren.

Warschau. Die jüdischen Kriegsinvaliden haben der jüdischen Gemeinde ein Memorandum überreicht, in welchem sie die Zuweisung von Arbeitsgelegenheit fordern. Sie beklagen sich, dass die christlichen Kriegsinvaliden Unterstützung seitens der Regierung erhalten, während die jüdischen leer ausgehen. Die beim Kriegsministerium befindliche Sektion, die die Aufsicht über die Invaliden führt, sucht ausschliesslich Arbeitsgelegenheit für die christlichen Invaliden und erklärt, dass die Christen keine jüdischen Arbeiter einstellen wollen. Auch Regierungs-Arbeiten will man ihnen nicht zuweisen. Die Invaliden betonen, dass sie absolut keine Unterstützung verlangen, sondern nur Arbeitsmöglichkeit.

Galizien.

Die Brodyer Geiseln befreit.

In Beantwortung des Memorandums der Abgeordneten der jüdischen Volkspartei zugunsten der Befreiung der internierten Juden aus Brody teilte das Staatsoberhaupt Pilsudski mit, dass diese Internierten die Brester Festung bereits verlassen haben und sich schon in Brody befinden.

Haftentlassung Dr. Rottenstreichs.

Der Vorsitzende des „Jüd. Nationalrates in Sambor, Dr. Fischel Rottenstreich, ist laut „Nowy Dziennik" nach 4 monatl. Haft auf Anordnung des Kriegsministers am 24. Aug. aus der Haft entlassen worden. (S. J.P.Z. N. 52.)

— Die Frage der Nichtzulassung jüdischer Hörer zu den Vorlesungen an der Lemberger Universität, wurde jetzt wiederum aktuell. Nach einer ministeriellen Verfügung werden zu den Vorlesungen nur diejenigen polnischen Staatsangehörigen zugelassen, die ihrer Militärpflicht nachgekommen sind. In dieser Angelegenheit intervenierte beim Rektor eine zion. Abordnung, bestehend aus Dr. J. *Korkis,* Dr. D. *Schreiber* und Dr. A. J. *Mayer*, die darauf hinwies, dass infolge Nichtausschreibung der Assentierungen für die nichtpolnischen Nationen in Ostgalizien, die in der Verfügung erwähnte Bedingung auf die jüdischen Hörer keine Anwendung finden könne. Der Rektor erklärte, dass sich diese Verfügung auf alle Universitäten beziehe und dass im Hinblick auf die speziellen Verhältnisse an der Lemberger Universität der akademische Senat mit Vorschlägen an die Zentralbehörde herangetreten sei, deren Erledigung jedoch bis zur Stunde noch ausstehe. Der Rektor betonte auch die Notwendigkeit der eventl. Einführung eines numerus clausus.

— Zur Zeit bereist im Auftrage der Warschauer Agudah Rabbiner *Joseph Lewy* die galizischen Gemeinden behufs Gründung von Ortsgruppen. Die Mitgliederzahl der polnischen Agudah ist von 60,000 zur Zeit der Züricher Weltkonferenz, auf über hunderttausend gestiegen. („Israelit" Frft. a. M.)

Bukowina.

Ausweisung der Galizianer aus der Bukowina.

Nach einer Kundmachung der Czernowitzer Polizeidirektion werden vorläufig alle Personen, die nach dem ersten August 1914 aus Galizien zugewandert sind, repatriiert, d. h., wie die Czernowitzer „Ostjüdische Zeitung" richtig bemerkt, in einem späteren Zeitpunkt sollen auch alle jene Galizianer, — gemeint sind Juden — aus der Bukowina ausgewiesen werden, die auf Grund des alten österreichischen Heimatsrechtes noch immer nach Galizien zuständig sind. Die Ausweisung kann nach diesen Gesichtspunkten, einer beilaufigen Schätzung nach, 40.000 Juden treffen.

Ukraine.

Die jüdische Autonomie in der Ukraine.

Der ukr. Pressedienst meldet: Die jüdische Gemeinde in *Kamieniez-Podolsk*, hat eine Deklaration erlassen, in der u. a. gesagt wird: In der wirtschaftlichen und politischen Befreiung der Ukraine, sind die Juden gleich stark interessiert. Die jüdische Demokratie muss überall die Möglichkeit der Teilnahme, der Initiative und Arbeit besitzen. Das Selbstbestimmungsrecht muss der Grundstein des staatlichen Baues der Ukraine auch im Verhältnis zu den anderen das Land bewohnenden Völkern werden. Daher verlangen wir, dass die proklamierte nationale Personal-Autonomie gründlich ausgebaut werde. Wir verlangen, dass die Regierung den Kampf führe mit den finsteren provokatorischen Elementen, die die Judenpogrome in der Ukraine veranstalten. Der Ruin der Städte und Städtchen, wo die jüdische Bevölkerung in grösseren Massen lebt, bringt auch den Ruin des ganzen Landes mit sich, da in der industriearmen Ukraine das jüdische arbeitende Volk den Hauptfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung des Staates bildet.

— Herr Pines aus Minsk, der dieser Tage nach Warschau gekommen ist, teilt dem Warschauer „Judiszen Folk" einige Tatschen über die zionistischen Verhältnisse in der bolschewistischen Ukraine mit. Der Zionismus macht dort jetzt eine schreckliche Epoche von Verfolgungen und Begrenzungen seitens der jüdischen Bolschewisten durch. Bei einer Konferenz jüdischer Kommunisten, die unlängst in der Ukraine stattfand, wurde der Zionismus als konter-revolutionäre Bewegung erklärt und beschlossen, alle zion. Organisationen, hebräische Schulen, die Abteilung der Tarbuth usw. zu schliessen. Selbstverständlich hat man auch die jüdischen Gemeinden als bourgeoise Einrichtung liquidiert. Die Beschlüsse dieser Konferenz führt der bekannte Kom-

munist *Rafes* mit unglaublicher Energie durch. Als seine Hauptaufgabe betrachtet er den Kampf gegen den Zionismus. Unlängst wurden in der ganzen Ukraine fast alle zionistischen Führer die vor dem Bolschewismus nicht rechtzeitig flüchten konnten, verhaftet. Die fortgesetzt vorkommenden Revisionen bei allen des Zionismus „Verdächtigen“ führt grösstenteils Rafes in eigener Person durch. Jeder, bei dem man eine zion. Broschüre findet, wird verhaftet unter der Beschuldigung, er „helfe den Alliierten“ und „führe eine konter-revolutionäre Agitation unter der jüdischen Bevölkerung“. Die in Kiew verhafteten Zionisten wurden unlängst befreit, während die von Gitomir und Berditschew noch in Haft sitzen. Als man ein hebräisch-jüdisches Lehrbuch herausgeben wollte, beschlagnahmte Rafes höchstselbst den bereits fertiggestellten Satz. Die Zionisten setzen auf den baldigen Fall des Bolschewismus ihre einzige Hoffnung. Kiew wird vollständig evakuiert und die Tage des Bolschewismus sind gezählt.

— Im Mai und Juni verkaufte die Vereinigung für jüdische Kultur in der Ukraine 18,000 Schulbücher, 55,000 Jugendschriften und 6000 andere Bücher, alle in Jiddisch verfasst.

Russland.

In dem unter Führung von Ljanosoff gebildeten neuen provisorischen antibolschewistischen Ministerium für Nordwestrussland, befinden sich drei Juden: *Margolis*, radikaler Demokrat, ist Minister für Handel, Industrie u. Munition, *Korn*, gemässigter Sozialdemokrat, u. *Ischinski*, unparteiischer Sozialist, sind Minister ohne Portefeuille. Das Programm der provisorischen Regierung ist ein demokratisches. („Jewish Times“, London.)

Ungarn.

Die Pogrome in West-Ungarn.

Wien, 1. Sept. (W. K.-B.) Die Montag-Blätter veröffentlichen den protokollarisch festgehaltenen Bericht eines aus Ungarn zurückgekehrten Gewährsmannes, demzufolge, entgegen den amtlichen ungarischen Dementis, bei den Pogromen in Transdanubien tatsächlich in Czelldömölk und Jánosháza die schwersten Ausschreitungen erfolgten, wobei neun namentlich angeführte Juden getötet und eine Anzahl anderer, schwer oder leicht verletzt wurden.

— Die „Wiener Morgenzeitung“ berichtet weitere Einzelheiten über die Judenexzesse in Westungarn. Eine Bande begab sich in Czelldömölk zum Holzhändler *Hoffman* und schrie wörtlich: Wir wollen Blut sehen, darum wollen wir heute alle Juden ermorden“. Mit diesen Worten erschlugen sie ihn. Von dort begaben sie sich zu verschiedenen Juden, deren Wohnung sie ausplünderten. Die Gendarmerie weigerte sich, die Juden zu schützen und sagte, sie habe höhere Weisung nicht einzugreifen. Die Hauptheţze führte Redakteur *Lingauer* aus Steinamanger, der offen zu Pogromen auffordert. Die ungarische Presse erhebt gegen die Juden den Vorwurf, dass die „Wiener jüdische Presse“ insbesondere die „Neue Freie Zeitung“ und das „Neue Wiener Tagblatt“ unwahre Nachrichten über die Stimmung und das Verhalten der Magyaren in Westungarn verbreiteten. Die Magyaren werden aufgefordert, sich für diese Beschimpfungen an den Juden zu rächen.

In Jánosháza gab es 4 Tote und 6 Schwerverwundete. In vielen Orten werden die Juden gezwungen, weisses Geld gegen blaues umzutauschen. In Sárvár mussten alle Juden die Ortschaft verlassen.

Zu erwähnen ist noch, dass der Bischof von Steinamanger, Graf Mikes, der von christlichen Bolschewiken verschleppt war und jetzt zurückgekehrt ist, sich gegen die Pogrome gewendet hat; insbesondere nahm er dagegen Stellung, dass man die Juden für den Bolschewismus verantwortlich mache.

Budapest, 29. August. (Tel. der „Wr. Morgenzeitung“.) In den nicht zum antisemitischen Block gehörenden Parteien herrscht eine erbitterte Stimmung gegen die Regierung Friedrich. Der Unfug der Demonstrationen, die bisher mit sonderbaren Mitteln vor dem Ministerpräsidium inszeniert wurden, wird gründlich abgestellt. Aufsehen erregt die Aeusserung Lovaszys, der erklärte: „Für mich ist Friedrich nicht der ungekrönte König, der mir Ministerposten nehmen oder verleihen kann.“ Lovaszy sprach sich auch vor den versammelten Klubangehörigen entschieden gegen den judenfeindlichen Kurs aus. Der Bauernführer Zoltan Mesgo widersprach ihm und erklärte, dass alle Juden für den Bolschewismus dadurch büssen müssen, dass ihnen unterschiedslos die Bürgerrechte entzogen werden. Die Mehrheit der Anwesenden stimmte dem entschiedenen Protest Lovaszys bei.

Budapest. In den Kreisen der jüdischen Bevölkerung macht sich die Stimmung geltend, anlässlich der Wahlen für die ungarische Nationalversammlung, aktiv hervorzutreten. Die jüdisch-nationale Bewegung ist durch die Vorkommnisse der letzten Zeit sehr im Anwachsen, und selbst die eingefleischten Judo-Magyaren zeigen das lebhafteste Interesse für die nationale jüdische Bewegung. („Wiener Morgenzeitung“)

Tschecho-slovakischer Staat.

Gründung einer jüdischen Bank in Pressburg.

Am 18. Aug. fand in Pressburg unter Vorsitz des Präs. des Volksverbandes für die Slovakei Herrn *Th. Wister* aus Nove Mestho n/V. eine Gründerversammlung statt, in welcher beschlossen wurde eine Kolonialbank-Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Pressburg zu gründen. Es wurde sofort der Betrag von 3 Millionen Kronen Gründungskapital gezeichnet.

— An der konstituierenden Sitzung der orthodoxen Gemeinden der Slovakei, die am 29. Juli in Pressburg stattfand, wurde bezüglich des Anschlusses der Orthodoxie an das Zentralbüro der „Agudas Jisroel Zürich“, beschlossen, den Beitritt nur in jenem Falle zu erklären, wenn seitens der Agudah ein klares, mit den Intentionen der Orthodoxie der Slovakei übereinstimmendes Palästinaprogramm vorliegen wird. („Machasike Hadasz“, Nyitra.)

— Im Interesse der Erhaltung des jüdischen Schulwesens in der Slovakei, hat der Volksverband slovakische Kurse für die jüdische Lehrerschaft in Tyrnau errichtet.

— In Tyrnau fand am 26. August eine Konferenz jüdischer Lehrer statt, zwecks Gründung eines jüdischen Lehrerverbandes in der Slovakei.

— Ueber die trostlosen Zustände in der Slovakei veröffentlicht die „Wiener Morgenzeitung“ vom 16. und 17. August in Nr. 207 und 208 von gut informierter Seite zwei „Die Judenpolitik der Pressburger Regierung betitelte längere Artikel, auf die wir hier noch besonders hinweisen möchten.

Deutsch-Oesterreich.

Gründungs-Versammlung einer Palästina-Baugesellschaft.

Wien. Anschliessend an ein Referat von *Davis Trietsch* wurde beschlossen, auch in Wien eine Palästina-Baugesellschaft zu gründen und mit der Durchführung der Vorarbeiten, die technische Studiengruppe des Palästina-Amtes zu betrauen. Gegen 100.000 Kronen wurden für die Baugesellschaft sofort gezeichnet.

Wien, 2. Sept. (W. K.-B.) Der Leiter des Ministeriums des Innern, Staatssekretär *Beniczky,* fordert die Behörden in einem Zirkularschreiben auf, den Antisemitismus mit allen gesetzlichen Mitteln zu unterdrücken.

Deutschland.

Anerkennung der jiddischen Sprache durch die Deutsche Gewerkschaft.

In der Berliner Schneiderbranche befinden sich viele jüdische Arbeiter, die nicht deutsch verstehen. Die jüdischen Schneider haben deshalb eine besondere jüdische Sektion verlangt. Dies Verlangen ist nun erfüllt worden und vor kurzem hat diese Sektion eine Versammlung mit jüdischen Referenten einberufen. So ist die jiddische Sprache zum ersten Male von den Deutschen Gewerkschaften anerkannt worden.

(„Das jüdische Echo“, München.)

— Eine Offizierversammlung in Potsdam beschloß die Gründung einer Liga für die Bekämpfung des Judentums, wofür 250,000 M. gezeichnet wurden; auch die Wiederaufrichtung der Monarchie will die neue Liga anstreben.

Frankreich.

Eine Palästina-Delegation in Paris.

Der Pariser Berichterstatter der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ teilt mit: Am 27. August ist in Paris eine Delegation aus Palästina unter Führung von *Schochat* angekommen, um die gesamten Probleme inbezug auf die Arbeit in Palästina mit den zionistischen Führern, sowie mit dem Aktions-Komitee zu besprechen und zu beraten; sie beabsichtigt längere Zeit in Europa zu verbleiben. Die Delegation ist unzufrieden inbezug auf die Organisation und hinsichtlich der Behandlung der Einwanderungsfrage nach Palästina.

Sylvain Levy in Strassburg.

Im „Maison Rouge“ hielt Prof. Sylvain Levy einen Vortrag, in welchem er die Verdienste der „Alliance Israelite Universelle“ hervorhob. Er schilderte die von der Alliance den Witwen und Waisen gespendete Hilfe und äusserte sich, dass die Friedenskonferenz dank der Alliance die Rechte aller Juden anerkannt habe und dies auch in die speziellen Friedensverträge aufgenommen wurde. Die Alliance-Schulen in der Türkei haben trotz aller Schwierigkeiten Subventionen von der Regierung erhalten. Der Sekretär der Alliance, *Bigard,* appellierte an die Strassburger Juden, die Alliance moralisch und finanziell zu unterstützen.

Sylvain Levy ist zum Professor der Philologie an der Strassburger Universität ausersehen.

— Das „Journal du Peuple“ wendet sich in einem: „Un bluff enorme. Le droit des Minorités“ überschriebenen Artikel, sehr scharf gegen die Bestimmungen über den Schutz der Minoritäten im Friedensvertrage mit Polen, und bezeichnet sie angesichts der unaufhörlichen Pogrome als eine Komödie.

England.

Bestrebungen zur Vereinigung der Agudas Jisroel mit dem Misrachi.

Laut einem Berichte der Londoner „Jewish Times“ werden jetzt Versuche unternommen die Agudas Jisroel mit dem Misrachi zu vereinigen um so eine Einigung aller orthodoxen Juden herbeizuführen. In London verlautet, dass die Aussichten für eine Einigung günstig seien. Aus Holland ist das Vorstandsmitglied der Agudah, Herr Spiro aus Scheveningen, nach London gekommen und hat Rabb. Dr. Joung einen Brief der Warschauer Szlome Emune Jisroel überbracht, der eine genaue Schilderung der kritischen Lage des polnischen Judentums enthält. Der Brief ist ausser von Abg. Rabb. Halpern und dem Sekretär der Organisation auch vom Gerrer Wunderrabbi unterschrieben. Es verlautet, dass auch Abg. Rabb. Perlmutter demnächst nach London kommen soll. (Siehe J.P.Z. No. 50/51.)

— Der Londoner Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ schreibt: Ein grosser Teil der internierten galizischen Juden ist bereits befreit worden. Leider ist jedoch die Sir Stuart Samuel gegebene Zusicherung, dass bis zum 25. August alle Galizianer befreit sein werden, nicht vollständig eingehalten worden, obwohl auch der polnische Gesandte, Fürst Sapieha, dieselbe Zusicherung gegeben hatte. Vielen internierten Galizianern macht man wegen ihrer Papiere Schwierigkeiten, obwohl es in den meisten Fällen derzeit unmöglich ist, aus Galizien Papiere zu erhalten. Sir Stuart Samuel intervenierte diesbezüglich im Aussenministerium und verlangte, dass bis zum 25. August auch der letzte Galizianer das Interniertenlager verlassen haben müsse.

— Die „Morning Post“ veröffentlicht einen scharfen Hetzartikel gegen Sir *Stuart Samuel,* wie auch überhaupt gegen die Entsendung einer englischen Untersuchungskommission nach Polen.

— „The Sinaist“, der seit drei Jahren zweimonatlich in London herausgegeben wurde, erscheint nunmehr monatlich in vergrössertem Umfange und ist die einzige Zeitschrift, die überhaupt in englischer Sprache die Interessen der Orthodoxie vertritt. Im Juliheft gibt der Sekretär Harry A. Goodman in einem „The Spirit of Sinai“ betitelten Aufsatz nähere Aufklärung über die Ziele des „Sinai“.

Italien.

— Der „Avanti“ veröffentlicht folgenden von *Oddino Morgari* aus Wien an die sozialistische Parteileitung in Rom gerichteten telegraphischen Appell:
Der weisse Terror in Ungarn nimmt wilde Formen an. Die antisemitischen Pogrome folgen einander mit

systematischer Tötung von Personen in den Kerkern. Es ist nötig eine Agitation einzuleiten, um von der Regierung zu verlangen, dass sie die Militärmission von Budapest einlade, die Massnahmen für ein energisches Veto gegen diese, eines zivilisierten Landes unwürdige Methoden einzuleiten.

Rom. Die italienischen Truppen, die als Teil des internationalen Kontingentes Jaffa und Palästina besetzt hatten, sind nach Italien zurückgekehrt.

Türkei.

Amerikanische Handelsgesellschaft in der Türkei.

Vor dem Kriege hat Amerika aus der Türkei Produkte für über 35 Millionen Dollars bezogen, für die es keine Kompensationen in Exportwaren zu bieten hatte. Um nun einen gegenseitigen Handelsverkehr zwischen Amerika und der Türkei herzustellen, haben sich 15 amerikanische Handelsgesellschaften zu einem Handelsverband für den nahen Osten zusammengeschlossen unter dem Namen „American Foreign Trade Corporation" mit einem Grundkapitel von 20 Millionen Dollars. Die Zentrale dieser Gesellschaft wird in Konstantinopel sein und Filialen werden u. a. in Smyrna, Syrien und *Palästina* errichtet.

Amerika.

— Aus New-York werden, laut einem Bericht des Obersten H. A. Guinzburg, Präsident der „United Building Fund Campaign of the Federated Jewish Institutions", Klagen über einen stets wachsenden Mangel an jüdischen Wohlfahrtseinrichtungen laut. In New-York und besonders in Harlem und Bronx ist in den Wohlfahrtsanstalten der Platzmangel derart gestiegen, dass in den letzten Jahren Tausenden und Abertausenden bedürftiger und kranker Kinder, Frauen und Männer die Aufnahme verweigert werden musste. Diesem Missstande kann nach der Meinung des Herrn Guinzburg nur dadurch abgeholfen werden, dass die United Building Fund Compaign in verschiedenen Teilen der Stadt für zehn Millionen Dollars neue Wohltätigkeitsanstalten errichtet.

— Henry *Rosenfeld*, Direktor des amerikanisch-jüdischen Unterstützungskomitees, hat angekündigt, dass das jüdische Unterstützungswerk bis Dezember 1919 7,500.000 Dollar ergeben muss, damit sechs Millionen osteuropäische Juden mit Nahrung, Kleidung und Arzneimitteln versehen werden können.

— In *New-York* ist vor kurzem ein Verein zur Verteidigung der jiddischen Sprache in Palästina gegründet worden. Zweck dieses Vereins ist, Geld und jüdische Bücher für Palästina zu sammeln und für die Einführung des Jiddischen als einer Verwaltungssprache in Palästina Propaganda zu machen. Der Verein besitzt bereits ungefähr 25 Ortsgruppen, in den verschiedenen Städten Amerikas. Das Komitee hat beschlossen, seine palästinensischen Mitglieder mit monatlich 100 Doll. zu unterstützen. (Jüd. Rundschau, Berlin.)

Ein Theater für jüdische Kunst in Manhattan.

Am 1. September wurde in Manhattan ein Theater für jüdische Kunst im Garten-Theater am Madison Square eröffnet. Emanuel Reicher ist künstlerischer Leiter der Organisation, Samuel S. Grossmann der Geschäftsführer. Mitglieder der Truppe sind u. a.: Binah Abramowitz, Celi Adler, Anna Fried, Hymann Mysell, Gerson Rubin, Joseph Schoengold und Henrietta Schnitzler. In diesem neuen Theater werden ausschliesslich gute Dramen zur Aufführung gelangen.

Argentinien.

In Argentinien organisieren sich Gruppen von jüngeren jüdischen Landbauern mit einem Kapital von 15,000 Franken für jede einzelne Gruppe, um in Palästina Landwirtschaft zu betreiben.

Palästina.

Prof. Geddes Mission.

Die zionistische Kommission hat Mr. *Patrick Geddes,* Prof. der Botanik an der St. Andrews Universität, der eine Autorität im Städte-Entwerfen ist, engagiert, zwecks Mitarbeiterschaft mit Dr. Weizmann beim Entwurf der Pläne für das neue Jerusalem und des Aufbaues der hebräischen Universität. Prof. Geddes begibt sich zusammen mit Dr. Weizmann nach Palästina, um dort einen Bericht üher die jüdischen Kolonien vorzubereiten.

Nathan Strauss designierter Bürgermeister von Jerusalem.

Die amerikanischen Blätter melden, dass Nathan Strauss zum ersten Bürgermeister von Jerusalem ausersehen ist, sobald diese Stadt nach dem Wortlaut des britischen Vertrages eine jüdische Gemeinde geworden sein wird.

Neue politische Beamte für Palästina,

Oberst Meinerzhagen ist zum Chef der politischen Beamten für Palästina und General Watson zum Verwaltungsschef ernannt worden. Beide sind bereits unterwegs nach Palästina, um ihre Pflichten aufzunehmen.

Jüdische Waisenheime in Palästina.

Laut „New-Yorker Morgenjournal" hat das Joint Distribution Committee im Prinzip dem Plane von Albert Lucas, Sekretär des Hilfskomitees, beigestimmt, eine grosse Aktion für Gründung von Heimen für jüdische Kriegswaisen einzuleiten. Das Joint Distribution Committee arbeitet jetzt die Einzelheiten des Planes aus, um in Bälde mit der Aktion zu beginnen. Der Anfang soll in Palästina gemacht werden, wo dafür die günstigsten Bedingungen vorliegen. In Jerusalem selbst sollen sich 3000 jüdische Kriegswaisen befinden.

— Auf einer Versammlung jüdischer Juristen in Jerusalem wurde u.a. beschlossen, sich von der allgemeinen muselmanischen und christlichen Juristenorganisation nicht loszutrennen, sondern mit dieser zusammenzuarbeiten. In Anbetracht dessen, dass die Zahl der graduierten Juristen in Palästina sehr gering ist und andererseits viele Rechtskundige vorhanden sind, wurde unter dem Namen „Jodei-Din" die Gründung eines Verbandes der Rechtskundigen beschlossen, dem die Rabbiner, Dajonim und andere in diesem Fach bewanderte Personen angehören sollen.

— Am 17. August hat in Jerusalem eine allgemeine Versammlung der Agudas Jisroel stattgefunden. Rabb.

Fraenkel, der Führer des Waad Aschkenasi, eröffnete die Versammlung und legte die Aufgabe der Agudah dar. Der unlängst aus der Schweiz zurückgekehrte Rabbiner *Slonim* aus Jaffa, hielt ein ausführliches Referat über die Arbeiten der Agudah in der Diaspora und ihr Programm betreffs der zukünftigen Arbeit in Palästina. Zum provisorischen Präsidenten wurde Rabb. Fraenkel gewählt. Alle Mitglieder der Histadruth Jeruscholaim sind der Agudas Jisroel beigetreten.

(„Hadshoth Haaretz")

— Laut „Hadshoth Haaretz" hat der „Waad Haloschon", der während des Krieges seine Tätigkeit eingestellt hatte, seine Arbeiten, nach Reorganisation der Kommission wieder aufgenommen. Wegen Geldmangel muss die Kommission ihre Sitzungen im Lokale der jüdischen National-Bibliothek in Jerusalem abhalten.

— Unter Gross-Rabbiner *Jacob Meirs* Vorsitz bildete sich in Jerusalem eine Gesellschaft zur Einführung und Verbreitung der hebräischen Sprache. Die Gesellschaft, die den Namen „Sefatenu" trägt, wird in Jerusalem ihre Zentrale haben und im Ausland Filialen eröffnen.

— In *Sichron-Jakob* errichteten die Misrachisten eine Talmud-Thora-Anstalt, in der 14 jemenitische Jünglinge in arabischer Sprache unterrichtet werden.

— Der Direktor des Hebräischen Gymnasiums in Jaffa, Dr. *Mossinsohn*, der Vertreter der Chowewe Zion, *Scheinkin*, und der Vicepräsident des Misrachi, Rabbiner *Fischmann*, die seiner Zeit von Djemal Pascha aus Palästina ausgewiesen worden sind, sind nach Palästina zurückgekehrt.

— Josef *Sprinzak*, der Führer des Hapoel Hazair in Palästina, ist nach London abgereist, um von dort aus, eine Agitationstournee durch verschiedene europäische Länder zu unternehmen. (K. Z. B.)

— In Palästina wurde unter dem Namen „Palästinisches Syndikat", G. m. b. H., eine durch die englische Regierung bestätigte Gesellschaft mit einem Kapital von 10.000 Pfund gegründet. Zweck der Gesellschaft ist Handel in Juwelierwaren, Uhren usw.

(„Judiszes Folk")

— Der Londoner Missions-Verband zur Agitation unter den Juden, der vor dem Kriege in Jerusalem tätig war, macht Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Arbeit. Sein Jerusalemer Vertreter, Herr Silbermann, hat vor kurzem von dem Leiter in London die Zuschrift erhalten, die dem Verband gehörenden Wohnungen in Jerusalem auf längere Zeit nicht zu vermieten, da der Verband sie baldigst für sich selbst benötigen werde.

— In einem Brief an den „Hajnt" stellt *A. J. Stybel* fest, dass die Nachricht des amerikanischen Korrespondenten, wonach er in Palästina eine Villen-Kolonie zu bauen beabsichtige, in der verschiedene Redaktionen und Druckereien sich befinden sollen, nicht den Tatsachen entspreche. Er habe ein ähnliches Gespräch nie mit einem Korrespondenten geführt. Stybel ersucht um Abdruck dieser Meldung. (S. No. 41 der J. P. Z.)

— In Jaffa erscheint jetzt eine von jüdischer Seite herausgegebene Zeitung „Achbar" in arabischer Sprache.

Reise Weizmanns nach Palästina.

Dr. Weizmann beabsichtigt seine geplante Reise nach Palästina in der ersten Septemberhälfte anzutreten.

Schweiz.

Internationaler katholischer Palästinakongress in Einsiedeln.

Die „Neuen Zürcher Nachrichten" melden, dass angesichts der gewaltigen Umgestaltungen alles Bisherigen, das der Weltkrieg vor allem auch für Palästina im Gefolge hat, für das nun ein neues modern-jüdisches (von uns spationiert) Zeitalter anbricht, sich das Komitee des schweiz. Heiliglandvereins schon im Mai dieses Jahres mit der Zukunftslage des Heiligen Landes anhand einer Reihe von Berichten des Eingehenden beschäftigt hat. Das Resultat der Beratungen war, dass jene Lage gebieterisch und rasch eine grosse internationale katholische Aktion erfordere. Als wirksame Förderung dieser Ziele erkannte das Komitee: 1. Den Zusammenschluss der Heiliglandvereine und ähnlicher Korperationen aller Länder Europas und Amerikas zu einem internationalen Palästina-Bunde. 2. Die Errichtung eines ständigen Kommissariats dieses Bundes in Jerusalem. Zur Erfüllung dieser Aufgaben erwies sich als unerlässlich die Einberufung eines internationalen katholischen Palästina-Kongresses. Das Komitee beschloss die Einberufung eines solchen auf den 21. bis und mit 25. Oktober dieses Jahres nach Einsiedeln.

Der Altchefredakteur der „Neuen Zürcher Nachrichten", Herr Kantonsrat *Baumberger*, Mitglied des Komitees für den Internationalen Katholischen Palästinakongress in Einsiedeln, hatte die Freundlichkeit, dem Vertreter der „Jüdischen Presszentrale Zürich" mitzuteilen, dass der Kongress keinerlei antisemitische Tendenzen hegen wird, sondern lediglich Mittel und Wege besprechen will, die moralische und rechtliche Stellung der Katholizität im neuen Palästina zu wahren und zu festigen.

— Der Minister für jüdische Angelegenheiten in der litauischen Regierung, *Dr. Soloweitschik* weilt seit kurzem in der Schweiz.

— Auf Einladung der litauischen „Agudas Jisroel" hat sich *Dr. Nathan Birnbaum*, Mitglied des Zentralbüros der Agudas Jisroel, Zürich, nach Litauen begeben.

— In *Genf* wurde eine Misrachi-Gruppe gegründet.

Presse- und Verlags-Notizen.

— Eine poale-zionistische Halbmonatsschrift „Der Kempfer" beginnt dieser Tage in jüdischer Sprache in Krakau zu erscheinen.

— Haschofar, das Organ der bulgarischen Juden erscheint vom neuen in Sofia als Organ der zionistischen Föderation Bulgariens u. zw. wöchentlich und dreisprachig, bulgarisch, französisch und spaniolisch.

— Im Verlag Stybel sind in Warschau unter des Redaktion von Lachomer folgender Werke der Weltliteratur in hebräischer Sprache erschienen: „Ingeborg" von Kellermann, „Sterben" von Schnitzler, „De profundis" von Wilde, „The heroes and heroessip" von Carlyle, „Rabbi Schlome Naggid" von Schalom Asch.

— Demnächst erscheint im Verlag „Arzenu" eine Broschüre von Jakob Rosenheim. betitelt „Beiträge zur Orientierung in der jüdischen Geisteswelt".

— Dr. Nathan Birnbaums Vortrag „Vom Freigeist zum Gläubigen" ist im Verlag „Arzenu" in Zürich erschienen.

— Die Kommission zur Verbreitung jüdischer Volksbildung in der Schweiz lässt vor den hohen Feiertagen den vierten Jahrgang (5680-1919/20) des Jüdischen Jahrbuches für die Schweiz erscheinen. Verlag und Administration, bisher in Luzern, befinden sich nunmehr in Basel, Austrasse No. 31, wohin auch Vorbestellungen zu richten sind.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich